

# **Macht und Ohnmacht der Vereinten Nationen**

Zur Rolle der Weltorganisation  
in Drittwelt-Konflikten

mit Beiträgen von

Mir A. FERDOWSI – Günther GREINDL – Jürgen  
HEIDEKING – Gerd LINDE – Peter J. OPITZ – Michael  
SCHAEFER – Peter SCHIER – Hans-Joachim VERGAU



WELTFORUM VERLAG · MÜNCHEN · KÖLN · LONDON

Inhaltsverzeichnis	Seite
A. Das System kollektiver Sicherheit vor neuen Herausforderungen von Peter J. OPITZ	1
B. Regionalkonflikte in der Dritten Welt: Dimensionen, Ursachen, Perspektiven von Mir A. FERDOWSI	13
C. Die Vereinten Nationen im Nahost-Konflikt von Jürgen HEIDEKING	55
D. Die Vereinten Nationen und die Namibia-Frage. Ein Erfahrungsbericht von Hans-Joachim VERGAU	105
E. Die Rolle der Vereinten Nationen bei der Suche nach einer Lösung des Konflikts in und um Kambodscha, 1979-1987 von Peter SCHIER	119
F. Die Vermittlungsbemühungen der Vereinten Nationen im Afghanistan-Konflikt - ein Beitrag zur Friedenssicherung? von Gerd LINDE	161
G. Die Friedenssicherungsfunktion der Vereinten Nationen von Michael SCHAEFER	199
H. Die Effektivität der UN-Peace Keeping Operation von Günter GREINDL	221
Zu den Autoren	242

# REGIONALKONFLIKTE IN DER DRITTEN WELT

## DIMENSIONEN, URSACHEN, PERSPEKTIVEN

von

Mir A. Ferdowsi

- I. Einleitung
- II. Militante Konflikte seit 1945 - ein empirischer Befund
- III. Ursachen der Kriege in der Dritten Welt - Versuch einer Bestandsaufnahme
- IV. Perspektiven

Anmerkungen

Literaturverzeichnis

Anhang

## I. EINLEITUNG

Als die Generalversammlung der Vereinten Nationen am 24. Oktober 1985 anlässlich des 40. Jahrestages der VN den Schwerpunkt ihrer Bemühungen und der ihrer Mitglieder auf die "Förderung und Verwirklichung des Friedensideals" legte, indem sie das Jahr 1986 zum "Internationalen Jahr des Friedens" proklamierte und alle Völker aufforderte, "sich gemeinsam mit den Vereinten Nationen entschlossen für die Sicherung des Friedens und der Zukunft der Menschheit einzusetzen" (siehe Anhang), stieß sie auf eine ambivalente Reaktion. Während die Pessimisten darin die "symbolische Aktion" einer "Papiermühle" sahen, bewerteten die Optimisten die Proklamation als ein Indiz dafür, daß die VN als universale Internationale Organisation dabei sei, jene Funktion zurückzugewinnen, die lange Zeit durch die zunehmende Beschäftigung mit wirtschaftlichen Fragen, insbesondere denen der Dritten Welt verdrängt worden war: die Friedenssicherung und kollektive Sicherheit.<sup>1</sup>

Bei näherer Betrachtung scheint es, als ob beide Reaktionen ein wenig berechtigt sind. Denn einerseits hat die VN bislang nicht verhindern können, daß seit ihrer Gründung 160 Kriege, größtenteils in den Dritten Welt stattgefunden haben<sup>2</sup> - obgleich doch die VN in der Präambel der Charta ihre Entschlossenheit zum Ausdruck brachte, "... künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren ..."<sup>3</sup> - und daß selbst im "Jahr des Friedens" mehr als 5 Mill. Soldaten aus 41 Staaten an 36 Kriegen oder bewaffneten Konflikten beteiligt waren.<sup>4</sup> Andererseits hat die VN eine Reihe erfolgreiche Versuche zur Schadensbegrenzung vorzuweisen, und es ist ihr gelungen, einige regionale Konflikte zu begrenzen und eine Konfrontation der Supermächte zu verhindern.

Welche positiven Auswirkungen die Proklamation von Oktober 1985 auf die künftige Arbeit der VN haben wird, ist zwar heute nicht absehbar. Gleichwohl aber kann die VN mit der Erklärung dazu beitragen, die Aufmerksamkeit auf jenes Phänomen zu richten, das inzwischen epidemische Ausmaße angenommen hat, dem aber lange Zeit nicht die Beachtung gewidmet wurde, die ihm zukommt: nämlich die steigende Anzahl der seit dem Zweiten Weltkrieg stattgefundenen Kriege, insbesondere in und zwischen den Staaten der Dritten Welt.

Während die Erforschung der ökonomischen und entwicklungsstrategischen Probleme der Dritten Welt inzwischen auf einen breiten Fundus an Material und Erkenntnissen zurückgreifen kann, die nur noch für Entwicklungspolitologen, -ökonomen und -soziologen bedingt überschaubar ist, bilden die Informationen hinsichtlich der Dimensionen und Ursachen der gewaltsamen Konflikte seit dem Zweiten Weltkrieg in der Dritten Welt "einen weißen Fleck auf der Karte sozialwissenschaftlicher Forschungslandschaft".<sup>5</sup> Weder in der Bundesrepublik noch weltweit gibt es Ansätze, die in der Lage wären, die Entwicklung von kleineren wie größeren Konflikten bis hin zu gewaltsamen Auseinandersetzungen hinreichend zu beschreiben oder gar zu erklären.

Auch die friedens- und sicherheitspolitische Diskussion der achtziger Jahre hat - einerseits wegen ihrer Deutschland- bzw. eurozentrischen Beschränkung auf Parolen wie "Kampf dem Atomtod", "Kampf der NATO-Nachrüstung" und "Kampf dem 'Krieg der Sterne' (SDI)" und andererseits die Herausstellung des Umstands, daß Europa dank der NATO und ihrer Strategie der Abschreckung die längste Friedensperiode ihrer Geschichte erlebt - kaum neue Initiativen hervorgerufen. Denn wenn die Aufmerksamkeit auf die Kriege in der Dritten Welt gerichtet wurde, geschah dies eher aus der Sorge, die Konflikte könnten zu einer "Neuauflage" der Juli-Krise 1914 und zum "Sarajewo-Effekt" führen.<sup>6</sup> Kurzum: Mit der Betonung des Weltfriedens hat die VN die Tatsache wieder in den Mittelpunkt gerückt, daß das zentrale Ziel aller Politik die Verhinderung jeglichen Krieges sein muß und nicht eines spezifisch mitteleuropäischen oder atomaren Krieges.

Die Dringlichkeit eines solchen, längst überfälligen "Neubeginns" legen insbesondere Versuche nahe, durch eine "Kriegsbuchhaltung" die Dimensionen der Kriege seit 1945 offenzulegen.<sup>7</sup> Doch die vielfältigen Ursachen und Kriegs- und Konfliktsanlässe legen auch hinsichtlich der Suche nach Konfliktlösungsmustern eine "Neuorientierung" nahe. Denn die bisherigen Instrumente der Konfliktlösung, insbesondere die der VN<sup>8</sup> - wie etwa Anwendung von Zwangsmaßnahmen, Schlichtung durch Angebot von guten Diensten und Vermittlung sowie die Aufstellung von Friedenstruppen - reichen offensichtlich nicht mehr aus, insbesondere wenn die VN die in Art.1, Abs.1 ihrer Charta beschriebene Hauptaufgabe gerecht werden will, auch "... Situationen, die zu einem Friedensbruch führen können, durch friedliche Mittel ... zu bereinigen und beizulegen".<sup>9</sup> Doch zunächst einige Anmerkungen zur Dimension der Kriege seit dem Zweiten Weltkrieg.

## II. MILITANTE KONFLIKTE SEIT 1945 - EIN EMPIRISCHER BEFUND

Zweifellos besteht das größte Problem bei der Vermittlung eines relativ zuverlässigen Bildes über die Zahl und Art der gewaltsamen Konfliktauustragungen seit dem Zweiten Weltkrieg in der Tatsache, daß die bislang vorliegenden Untersuchungen im Hinblick auf die Untersuchungszeiträume differieren.<sup>10</sup>

Tabelle 1: Häufigkeit von Kriegen\*)

Autor	Untersuchungs- zeitraum	Zahl der Kriege
1. Sorokin (1959)	1100 bis 1925	862
2. Wright (1965)	1480 bis 1941	278
3. Richardson (1960)	1820 bis 1949	317
4. Butterworth/Scranton (1976)	1945 bis 1974	310
5. Kende (1978)	1945 bis 1976	120
6. Kende/Gantzel/Fabig (1982)	1945 bis 1982	148
7. Small/Singer (1982)	1816 bis 1980	224
8. Gantzel/Meyer-Stamer (1986)	1945 bis 1984	159

\*) Zusammengestellt aus: M. Mendler et al. (Anmerk.10), S. 13, und eigenen Ergänzungen: R.L. Butterworth/M.E. Scranton: Managing Interest Conflict 1945-1974, Data with Synopses, Pittsburgh 1976; K.J. Gantzel/J. Meyer-Stamer (Hrsg.) (Anmerk. 7).

Aber auch hinsichtlich der den Kriegen zugrundeliegenden quantitativen und qualitativen Merkmalen - wie etwa die Zahl der Opfer, die Art und der Charakter der Gruppen, die Intensität und die Dauer der Auseinandersetzungen usw. - und die Definition des Krieges bestehen erhebliche Unterschiede.

Unsere Betrachtung basiert auf der Auflistung des ungarischen Sozialwissenschaftlers Istvan Kende,<sup>11</sup> die sich als

relativ zuverlässig erwiesen hat und eine solide Grundlage für weiterführende empirische Arbeit bietet. Ihr liegt die Definition des Krieges als bewaffnetem Massenkonflikt zugrunde, der folgende Merkmale aufweist:

- a) Zwei oder mehr bewaffnete Streitkräfte sind an den Kämpfen beteiligt, wobei es sich mindestens in einem Fall um eine reguläre Armee oder anderweitige Regierungstruppe handelt.
- b) Das Vorgehen beider Teilnehmer entfaltet sich in zentral gelenkter, organisierter Form, auch wenn dies nicht mehr bedeutet als organisierte bewaffnete Verteidigung oder strategisch planmäßige Überfälle (Guerrillaoperationen, Partisanenkrieg).
- c) Die bewaffnete Auseinandersetzung besteht nicht aus spontanen, sporadischen Zusammenstößen. Beide Teilnehmer arbeiten nach einer planmäßigen, systematischen Strategie, unabhängig davon, ob der Krieg auf dem Gebiet eines einzigen Landes oder auf dem mehrerer Länder, ob kurz oder länger, geführt wird.<sup>12</sup>

Zweifellos hat diese Definition gegenüber der eher engefaßten völkerrechtlichen Definition des Krieges als "denjenigen Zustand der Beziehungen zwischen zwei Staaten - oder zwischen Staatengruppen oder zwischen einem Staat und einer Staatengruppe -, unter dem die Geltung des normalen Völkerrechts - des sogenannten allgemeinen Friedensrechts - zwischen ihnen suspendiert ist"<sup>13</sup> den Vorteil, daß ihre Offenheit es erlaubt, auch Phänomene wie innerstaatliche Kriege oder Autonomiebestrebungen ethnischer Minderheiten zu erfassen.

Andererseits lassen es die Beschränkungen auf organisierte bewaffnete Auseinandersetzungen nicht zu, beispielsweise interne Elitenkonflikte in Form von Staatsstreich- und Putschversuchen zu erfassen, von denen es bislang 350 - davon 159 erfolgreiche - gegeben hat.<sup>14</sup>

Tabelle 2 gibt einen Überblick über die auf der Grundlage dieser Definition bislang "registrierten" 160 Kriege, aufgelistet in vier Kriegstypen.<sup>15</sup> In der Tabelle wird eine regionale Auflistung (Europa/Dritte Welt) ebenso vorgenommen wie auch die Unterscheidung, ob die Interventionen mit oder ohne ausländische Beteiligung erfolgt sind.

Tabelle 2: Militante Konflikte seit 1945 \*

Dekade	Anzahl der Staaten	Kriege insgesamt	Anti-Regime-Kriege (Kriegstyp A)						Innerstaatliche Religions-, Szeessions- und Stammeskriege (Kriegstyp B)						Zwischen- staatliche Kriege, Grenzkriege (Kriegstyp C)						Entkolo- nisierungskriege (Kriegstyp D)						Insgesamt (+) = Mehrfach- nennungen
			A1*)				A2**)		B1*)				B2**)		C1*)				C2**)		D1*)				D2**)		
			(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	
1945—54	78	32	3	1	0	2	2	9	0	0	0	0	0	5	1	0	1	0	0	5	3	0	0	0	0	6	38 (+ 6)
1955—64	128	49	5	3	1	1	0	15	3	2	2	2	0	6	1	1	1	0	0	9	1	0	2	0	1	8	64 (+ 15)
1965—74	150	36	2	3	4	0	0	9	0	0	2	1	0	11	1	1	0	0	0	8	1	1	0	0	0	1	45 (+ 9)
1975—85	172	43	2	10	3	0	0	13	1	2	1	0	0	10	0	6	2	0	0	9	0	1	0	0	0	0	60 (+ 17)
Gesamt	—	160	12	17	8	3	2	46	4	4	5	3	0	32	3	8	4	0	0	31	5	2	2	0	1	15	207 (+ 47)

Legende:

\*) Mit ausländischer Beteiligung:

(1) Industriestaaten

(2) Dritte-Welt-Staaten

(3) Industrie- und Dritte-Welt-Staaten gemeinsam

(4) In Europa

\*\*\*) Ohne ausländische Beteiligung

(5) In Europa

(6) In der Dritten Welt



Sowohl hinsichtlich der Typenbildung als auch der Zuordnung von ausländischen Interventionen weist die Liste jedoch noch die Symptome einiger "Kinderkrankheiten" auf. So ist es zum Beispiel unmöglich, den Terrorismus - "als Waffe der Schwachen"<sup>16</sup> - oder das neue Phänomen der "Geiselnahme" als "Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln" bzw. "mit Einmischung anderer Mittel" (Clausewitz) zu erfassen.

Noch problematischer erscheint aber die Zuordnung von Sezessionskriegen zu "innerstaatlichen" Kriegen, da ethnische Konflikte zwar aus völkerrechtlicher Perspektive interne Kriege, aber aus ethnischer Sicht externe Kriege sind. Dies ist sicherlich darin begründet, daß man, wie K.J. Gantzel selbstkritisch bemerkt hat,<sup>17</sup> bei der Unterscheidung zwischen internationalen und innerstaatlichen Kriegen einer Fixierung auf den Staat erlegen ist.

Ein verzerrtes Bild der Realität gibt aber auch das Merkmal der "ausländischen Intervention", da hier nur die unmittelbare Teilnahme an den Kämpfen als eine solche verstanden wird, nicht jedoch Waffenlieferungen, subtile Interventionsformen wie "Counterinsurgency" oder "Low-Intensity Warfare".<sup>18</sup> Auch indirekte Formen der Intervention wie der Einsatz personeller<sup>19</sup> oder tele-kommunikativer Instrumentarien, zum Beispiel Rundfunksender, von denen Henry Kissinger meinte, sie könnten "in den Beziehungen zu vielen innenpolitisch nicht besonders stabilen Ländern eine wirksamere Form des Druckes sein als ein Geschwader strategischer Bomber vom Typ B 52"<sup>20</sup>, werden nicht erfaßt.

Es würde den Rahmen dieses Beitrages sprengen, wollte man hier über die Daten in der Tabelle 2 hinaus noch weitere statistische Auswertungen hinsichtlich der Charaktereigenschaften und Merkmale der Kriege vornehmen.<sup>21</sup> Stattdessen soll zusammenfassend auf einige der markantesten Aspekte der Kriege hingewiesen werden. Die bisherige "Kriegsbuchhaltung" zeigt, daß

1. seit dem Zweiten Weltkrieg die Welt nur einige wenige Tage ohne Krieg war, nämlich 26 Tage im September 1945;
2. neben den sehr "publizitätsträchtigen" Kriegen im Libanon, in Afghanistan und im Golf, und dies am Ende des "Jahres des Friedens", noch weitere 27 "vergesene" Kriege fort dauern, wie zum Beispiel in Eritrea (seit 1961), im Tschad (seit 1966), auf den Philippin-

nen (seit 1970), in Nordirland (seit 1969) und in Kambodscha (seit 1978);

3. diese Kriege, je nach Berechnung, bislang zwischen 25 bis 35 Mill. Tote gefordert haben, was im Vergleich zu den Verlusten im Ersten und Zweiten Weltkrieg von insgesamt 12 bzw. 56 Mill. Toten die These rechtfertigt, daß der viel befürchtete Dritte Weltkrieg in Form von Dritte-Welt-Kriegen bereits stattfindet;
4. von den gegenwärtig 172 Staaten der Weltgemeinschaft 54 % mindestens einmal Krieg geführt haben, mit insgesamt 335 Kriegsbeteiligungen; an 80 dieser Auseinandersetzungen waren jeweils dritte Staaten beteiligt;
5. Südasien und Südostasien, Schwarzafrika und der Vorder- und Mittlere Orient regional am meisten betroffen waren;
6. 90 der bis Dezember 1984 beendeten Kriege durch einen militärischen Erfolg, hingegen nur 39 durch Verhandlungen beendet wurden;
7. bei nur einem knappen Viertel aller Kriege die Aggressoren gewinnen könnten und nur bei einem knappen Drittel ein militärisches Unentschieden erreicht wurde;
8. die Zahl der jährlich geführten Kriege kontinuierlich zunimmt: 1945: 3; 1955: 15; 1965: 24; 1975: 21; 1985: 33;
9. die Zahl der nicht klar zu identifizierenden Kriege überproportional gestiegen ist, wie aus Tabelle 2 zu ersehen ist. Zweifelsohne ist dies ein Indiz dafür, daß neben methodischen Problemen bei der Zuordnung auch eine zunehmende "Verquickung" von Konflikthanlässen stattfindet;
10. schließlich der Schauplatz fast aller Kriege - 151 von 160 - die Dritte Welt ist, dabei drei Viertel (140 Fälle) der Fallbeobachtungen reine Dritte-Welt-Kriege sind, seien es nun Bürgerkriege oder Kriege in Form von Interventionen in anderen Staaten (31 Fälle).

Insbesondere die Neigung der Dritte-Welt-Staaten, auch ohne Mitwirkung oder Beteiligung der Industriestaaten ihre Konflikte untereinander auszutragen, wird sicherlich bei der Suche nach den Ursachen der Kriegshäufigkeiten zum Umdenken führen müssen. Wenn auch die Verabsolutie-

runge der These, daß "die Dritte Welt ... mit sich selbst im Kriege" liege, während die "Industriegesellschaften der Hort des Friedens seien", falsch ist,<sup>22</sup> da die Industrieländer, einschließlich der Entkolonisierungskriege in 57 Fällen offen und direkt - allein oder mit Hilfe anderer Dritte-Welt-Staaten - beteiligt waren bzw. sind.

### III. URSACHEN DER KRIEGE IN DER DRITTEN WELT - VERSUCH EINER BESTANDSAUFNAHME<sup>23</sup>

Angesichts des bereits angedeuteten Umstands, daß es bislang kaum systematische Erkenntnisse über die "objektiven" Ursachen und die "subjektiven" Gründe gibt, warum Staaten bzw. Gruppen in den Staaten ihre Konflikte gewaltsam austragen, bedarf es keines besonderen Hinweises darauf, daß die Forschung heute noch weit davon entfernt ist, eine überzeugende Theorie der Ursachen aller Kriege und Kriegstypen zu liefern oder zumindest Gesetzmäßigkeiten festzustellen. Zudem stellt sich angesichts der Vielfalt der Kriegsanklässe die Frage, ob dies jemals möglich sein wird - sieht man ab von allgemeinen Erklärungen wie die "Aggressivitäts-Determiniertheit" der Menschen oder "die Torheit der Regierenden", wie Barbara Tuchmann ihr Buch betitelt hat.<sup>24</sup>

Dennoch soll bei aller gebotenen Vorsicht und Vorläufigkeit, die die bisherigen Diagnosen und Erklärungsansätze gebieten, im folgenden auf einige dieser Ansätze näher eingegangen werden; wenn sie auch zunächst mehr Fragen aufwerfen als Antworten geben. Gerade weil die Möglichkeit der Konfliktlösung/-beilegung in erster Linie nicht nur von der Art der dabei angewandten Mittel, sondern auch von den dem Konflikt jeweils zugrundeliegenden Ursachen und dem Verhaltensmuster der Konfliktparteien abhängt,<sup>25</sup> bedarf es keiner weiteren Rechtfertigung für ein solches - zunächst unvollständiges - Unterfangen.

#### 1. Kriege als "Süddimension des Ost-West-Konfliktes"

Diesem Ansatz liegt die Interpretation der Kriege als "Stellvertreterkriege" der Supermächte zugrunde, die aus strategischen Überlegungen heraus jede direkte Konfrontation vermeiden wollen. Angesichts der Bemühungen der Supermächte seit den siebziger Jahren, durch den Aufbau von "regionalen Vormächten", von denen sie die Übernahme einiger ihrer interventionistischen Aufgaben erhofften, die sie aus politisch-strategischen Gründen nicht selbst länger wahrnehmen wollten,<sup>26</sup> gewinnt diese Sicht zwar eine gewisse Plausibilität. Die entscheidende Schwäche dieses übertriebenen "strategischen Denkens" liegt zweifellos aber in der Verabsolutierung des internationalen Faktors, da alles, was auf der Welt geschieht, unter dem Blickwinkel der Rivalität der Supermächte angesiedelt wird.<sup>27</sup> Infolge der ausschließlichen Orientierung an den

Konsequenzen der Konflikte für die internationale Sicherheit im Kontext des Ost-West-Konfliktes sind die bislang gewonnenen Erkenntnisse über die Ursachen der Konflikte wenig aufschlußreich - insbesondere weil die lokalen und regionalen Konfliktpotentiale in der Regel ebensowenig systematisch in die Untersuchung einbezogen wurden wie auch die Eigendynamik von Konflikten.

Auch wenn bei einer sich zuspitzenden internationalen Lage bzw. bei einem verschärften weltpolitischen Konflikt zwischen den beiden Supermächten eine "Internationalisierung solcher Konflikte über die Bedeutung ihres Anlasses hinaus" möglich ist<sup>28</sup> - vielleicht, weil eine Großmacht es sich nicht leisten kann, irgendwo desinteressiert zu sein,<sup>29</sup> wie Otto von Bismarck einmal formuliert hat - scheint es dennoch verfehlt, durch eine zu kausale sicherheitspolitische Betrachtung die Dritte Welt als bloßes Objekt der Interessen der Supermächte anzusehen und ihr allenfalls eine Sekundärfunktion im Ost-West-Konflikt zuzuweisen. Dies gilt um so mehr, als die wenigsten Kriege und Konflikte durch die Supermächte direkt entfacht worden sind.

Wenn es auch eine Reihe von nachkolonialen Herrschaftseliten gibt, die sich aktiv in den Ost-West-Konflikt einordnen, weil sie auf die Hilfe der Supermächte gegen interne oder externe Kontrahenten bei ihrer Herrschaftssicherung angewiesen sind,<sup>30</sup> stellt doch für eine nicht minder große Zahl von Staaten in der Dritten Welt der Ost-West-Konflikt eher eine Quelle des Ärgernisses dar, da sie ohne Einschaltung der Supermächte ihre Region dominieren würden.<sup>31</sup>

Die vermutete Fragwürdigkeit des Ansatzes wird zur Gewißheit, wenn man berücksichtigt, daß, wie es in einer CIA-Studie heißt, "trotz der Absichten mancher Regierungen unterentwickelter Länder, ein 'sozialistisches' System zu etablieren, ... sie gewöhnlich ihre eigene Auffassung von Sozialismus verwirklichen (wollen) und ... von der sowjetkommunistischen Ideologie weder durch ökonomische noch militärische Hilfe angezogen (wurden)".<sup>32</sup> Kurzum: Nur die blinde Perzeption der drei Pathologien "Einkreisungsangst", "Vakuumsangst" und "Statusstreben"<sup>33</sup> erklärt wohl, wenn dieser Ansatz - so sehr auch aus europäischer Sicht eine Überbewertung des Ost-West-Konflikts verständlich erscheint - verkennt, daß dieser Konflikt den Eliten der Staaten der Dritten Welt allenfalls einen gewissen Handlungsspielraum einräumt, um die Supermächte für die eigenen Zwecke gegeneinander auszuspielen, was durch eine

große Zahl von "Bäumchen-wechsel-Dich"-Spiele der Staaten der Dritten Welt hinlänglich bestätigt wurde.

## 2. Je mehr Staaten, desto mehr Kriege

Wenig hilfreich für weitere Forschungsarbeit sind auch jene Annahmen, die zwischen der steigenden Zahl der Staaten als Folge der Entkolonisierung und der Kriegshäufigkeit einen direkten Zusammenhang herstellen.<sup>34</sup> So plausibel sicherlich die Feststellung ist, daß die internationale Gemeinschaft zwischen 1945 und 1965 von 66 auf 125 Staaten angestiegen ist und sich so die Zahl der Grenzen von 404 auf 778, die der internationalen Nachbarschaften von 166 auf 412 erhöht hat, besteht dennoch kein unmittelbarer Zusammenhang zwischen steigender Zahl der Staaten einerseits und der Zahl der begonnenen internationalen Kriege oder der laufenden internationalisierten Kriege andererseits. Hingegen ist zwischen der Verdreifachung der Zahl der Staaten in der Weltgesellschaft in dieser Periode und den begonnenen bzw. laufenden innerstaatlichen Kriegen eine gewisse positive Korrelation feststellbar.<sup>35</sup>

Dennoch weist dieser Ansatz allenfalls auf eine potentielle Steigerung von gewaltsam ausgetragenen Konflikten hin, liefert aber kein überzeugendes Indiz für die im Sinne von Clausewitz verstandene "Funktionalität" des Krieges, da Nachbarschaften allein keinen Konflikt verursachen.

## 3. Kriege als Folge der Hegemoniekrise der Supermächte

Die Zunahme der Zahl der Staaten seit 1945 von 66 auf 172 heute hat aber für die Entwicklung der Weltgesellschaft nach dem Zweiten Weltkrieg dennoch sichtbare Veränderungen eingeleitet, die nicht nur im Rahmen der Vereinten Nationen Auswirkungen hatte,<sup>36</sup> sondern auch zum zunehmenden Machtverfall der Supermächte beigetragen hat. Ob dieser Prozeß dabei in Analogie zum Untergang der Weltreiche<sup>37</sup> Folge der Ausscheidungskämpfe für eine weltpolitische Vormachtstellung ist, wie D. Senghaas andeutet,<sup>38</sup> oder im Sinne der "kondratieffschen" Theorie der Langen Wellen nur eine vorübergehende Erscheinung ist, wie W.L. Bühl sie interpretiert,<sup>39</sup> kann heute nicht schlüssig beantwortet werden. Gleichwohl liefert diese, infolge der Macht-Diffusion innerhalb des internationalen Systems eingeleitete Entwicklung eine überzeugendere Erklärung

für die zunehmende Häufigkeit von Kriegen, obwohl auch sie nicht deren Ursache ist, sondern lediglich einer von mehreren auslösenden Faktoren.

Indizien hierfür liefert eine Betrachtung des internationalen "Krisenmanagements" der Supermächte, insbesondere die der USA im letzten Jahrzehnt. Während diese bis weit in die siebziger Jahre durch ein erfolgreiches Eingreifen viele Konfliktparteien zum Einlenken zwingen konnten - 1964 im Falle der Türkei, als diese eine Invasion Zyperns androhte, 1965 im indisch-pakistanischen Krieg oder im vierten Nahostkrieg 1973 -, so haben sich ihre Einflußmöglichkeiten seit dieser Zeit erheblich vermindert. Weder hat es die Sowjetunion 1976 vermocht, Syrien von einer Intervention im Libanon abzuhalten, noch haben die USA die israelische Regierung zur Respektierung der klar zu erkennenden amerikanischen Wünsche hinsichtlich des Libanon-Konflikts, des Palästinenser-Problems, des Jerusalemer-Status oder der Siedlungspolitik veranlassen können - von dem Einflußverlust der Supermächte im iranisch-irakischen Krieg ganz zu schweigen, der wohl einen Wendepunkt in Richtung auf eine größere Verselbständigung von Konflikten in der Dritten Welt markiert.<sup>40</sup>

Diese hier nur ansatzweise skizzierten Indizien lassen sich auf einige Faktoren zurückführen, die wiederum Rückschlüsse auf die Bereitschaft und die Fähigkeit der Staaten in der Dritten Welt erlauben, ihre Kriege selbst zu entfachen und zu führen:

1. Weil die beiden Supermächte durch eine Reihe von Umständen an der vollen Entfaltung ihrer Macht gehindert sind, da beide - infolge der Gefangenheit in ihrer Rüstungs- und Militärpolitik<sup>41</sup> - das Risiko einer direkten Konfrontation vermeiden müssen. Von Bedeutung ist hier auch die Nichtangemessenheit ihrer "nuklearen Monomanie"<sup>42</sup> im Rahmen der örtlichen Gegebenheiten. Gegen soziale Bewegungen und Strömungen wie die "Revitalisierungsbestrebungen" des Islam nutzen militärische Instrumente nichts, die Atomwaffen am wenigsten. Weder die Intervention der Sowjetunion in Afghanistan noch die der USA in Zentralamerika und im Libanon haben bislang dazu beigetragen, ihren Klienteln zu einem durchgreifenden militärischen oder politischen Erfolg zu verhelfen.
2. Weil es ihnen bislang nicht möglich war, sich über Lösungen akuter Konflikte zu einigen und dies auch gegenüber ihre Klientel durchzusetzen. Das Gegenteil

ist der Fall: Je mehr sie dazu übergehen, die wesentlichsten Bestandteile eines Kompromißfriedens unter sich auszuhandeln, desto stärker wird von Seiten der jeweiligen Konfliktparteien der Widerstand sein und um so geringer die Erfolgsaussichten für eine Lösung. Würden sie sich andererseits aber zum Fürsprecher der Forderungen ihrer Klientel machen, so ist zu befürchten, daß daraus noch weniger Kompromißmasse erwächst.<sup>43</sup>

3. Weil die Fähigkeiten und Gestaltungsmöglichkeiten der Supermächte aufgrund ihrer "Über-Verpflichtung" (Overcommitment)<sup>44</sup> eingeschränkt sind. Keine Supermacht verfügt über genügend Mittel, um die Verpflichtungen einzulösen, die sie überall in der Welt eingegangen ist.<sup>45</sup> Es wird zunehmend deutlich, daß, wer alle Regionen der Welt gleichermaßen für lebenswichtig hält, auch als Supermacht vor dem Problem der Machtverzettlung steht. Es liegt auf der Hand, daß - indem sie ihre Rolle nur noch eingeschränkt wahrnehmen können - dabei die Fähigkeit, Verpflichtungen einzulösen, zweifellos geringer wird und mit ihr die Glaubwürdigkeit der Garantie.<sup>46</sup> Gerade weil die Möglichkeiten und Glaubwürdigkeit der Supermächte - als Garantiemächte - heute weit mehr beeinträchtigt sind als je zuvor, wird es für sie immer schwieriger, ihre jeweilige Klientel unter Kontrolle zu bringen und somit auch von der Auslösung von Kriegen abzuhalten. Sie haben allenfalls eine "reaktive" Eingreifmöglichkeit in Situationen, in denen die Balance vorübergehend gestört ist und sie zur Wiederherstellung des Status quo gerufen werden.
4. Weil der Einfluß der Supermächte auf die quantitative und qualitative Expansion der Rüstungsexporte der Dritte-Welt-Staaten<sup>47</sup> und die Diversifizierung der Rüstungsimportquellen zunehmend schwindet.<sup>48</sup> Hinzu kommt der Aufbau einer eigenen Rüstungsproduktion in vielen Staaten der Dritten Welt.<sup>49</sup> Diese Entwicklung erhält für die Macht- und Einflußverluste der Supermächte insofern eine entscheidende Bedeutung, als historisch betrachtet die Supermächte bzw. die Großmächte nur dort Einflußmöglichkeiten besaßen, ihre Klientel zur Unterlassung krisenverschärfender Handlungen zu veranlassen, wo sie auch über das Monopol der Waffenlieferungen verfügten. Doch diese Bedingungen sind inzwischen nur noch in relativ wenigen Regionen der Welt gegeben. Ob diese Entwicklung allerdings zum vollständigen Verlust des Waffenmonopols westlicher und östlicher



Industriegesellschaften führen wird und seitens der Staaten der Dritten Welt - in Analogie zur Nachrüstung der Sowjetunion zwischen 1945 und 1965, die das Nuklearmonopol der USA gebrochen hat - auch hier zur Grundlage von "Gegenmachtbildungen" verwendet werden, wie es D. Senghaas vermutet,<sup>50</sup> bleibt abzuwarten. Zur Zeit ist jedenfalls die Rüstungsproduktion in den Staaten der Dritten Welt noch begrenzt und beträgt nur 2 % bis 2,5 % der Weltproduktion von Großwaffen. Dennoch spricht einiges für die Aufforderung Stanly Hoffmanns, das anachronistische Bild zu korrigieren, demzufolge die "Unverschämtheit der Pygmäen das Ergebnis amerikanischen Machtverfalls" sei, und statt dessen zu prüfen, ob "nicht der Verfall das Ergebnis des Pygmäenwachstums" sei.<sup>51</sup>

Wenngleich die bislang umrissenen Ansätze noch keine überzeugenden Erklärungen für die überwiegende Zahl von Dritte-Welt-Kriegen geliefert haben, spricht dennoch vieles für eine Entkoppelung der Rivalitäten der beiden Supermächte von den Regionalkonflikten. Denn der Dritten Welt käme, wie D. Senghaas zurecht betont,<sup>52</sup> ein solches "discommitment zugute, weil dadurch die Gefahr ihrer Überfrachtung mit den politischen Konflikten zwischen Ost und West entgegengewirkt werden könnte". Daß es jedoch auch dann noch genügend Konflikthanlässe und "kriegsträchtige Situationen"<sup>53</sup> in diesen Regionen gibt, die zum Ausbruch "hausgemachter" Kriege führen können, sollen die nun folgenden Ansätze verdeutlichen.

#### 4. Kriege als Folge der Unterentwicklung

Hinsichtlich der innerstaatlichen sozialen Konflikte hat es sich seit längerem innerhalb der Entwicklungsländerforschung und regierungsoffiziellen Entwicklungspolitik eingebürgert, diese auf rein sozio-ökonomische Ungleichheiten, Not, Armut und Hunger - kurz auf "strukturelle Gewalt"<sup>54</sup> - zurückzuführen. So wurde nicht erst heute die Entwicklungspolitik als Teil der weltweiten Friedenspolitik verstanden, wie es im sechsten Jahresbericht der Bundesregierung vom März 1985 heißt, sondern die Entwicklungspolitik war stets als ein Instrument zur "langfristige(n) Friedenssicherung durch Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts der Entwicklungsländer"<sup>55</sup> aufgefaßt worden. Während die hinter diesen Intentionen stehenden Motivationen leicht durchschaubar sind - da von der Kausalkette "Armut - sozialer Konflikt - Destabilisierung - Bedrohung des Friedens" auch eine

Bedrohung des Friedens im Westen befürchtet wird<sup>56</sup> - leidet dieser Ansatz insbesondere darunter, nicht schlüssig erklären zu können, ob und wie die individuell empfundene Unzufriedenheit und Ungerechtigkeit kollektiviert und politisiert wird. Denn würde allein das Ausmaß "wirtschaftlicher und sozialer Benachteiligung ... über die politische Stabilität oder Geneigtheit der Bevölkerung zur Revolte entscheiden", würde die Welt in Flammen stehen.<sup>57</sup>

Trotz des Einwands gewinnt diese sehr allgemeine Perzeption des Zusammenhangs zwischen ökonomischen Krisen und militärischen Konflikten in dreierlei Hinsicht an Plausibilität:

Zum einen aufgrund einer "pentagonalen" Krisenerscheinung in den Staaten der Dritten Welt, nämlich

1. die Penetrationskrise, die das Ausmaß der effektiven Kontrolle betrifft, über die die Zentralregierung verfügt;
2. die Partizipationskrise, der die Frage zugrundeliegt, wer am Entscheidungsprozeß der Regierung beteiligt ist oder Einfluß darauf hat und wer nicht;
3. die Legitimitätskrise, d.h. in welchem Ausmaß werden Entscheidungen der Regierung von Bürgern einer Gesellschaft akzeptiert bzw. wahrgenommen;
4. die Distributionskrise, die die Frage betrifft, inwiefern werden die Regierungsmaßnahmen dazu benutzt, materielle und andere Güter zu verteilen bzw. umzuverteilen;
5. und schließlich die nationale Identitätskrise, die sich auf die "Definition" jener Summe von Menschen bezieht, von der angenommen wird, daß sie in den Bereich des Entscheidungsprozesses der Regierung fällt.<sup>58</sup>

Zum anderen durch die Neigung der Eliten in den Staaten der Dritten Welt, interne Konflikte und Instabilitäten zu externalisieren. Dabei ist es ihr Ziel, durch Gruppenkohäsion integrative Auswirkungen im Inneren auszulösen und möglicherweise zur Auflösung des inneren Aggressionsstaus gegenüber der eigenen Herrschaft beizutragen. Dabei werden allerdings vorzugsweise Konflikte mit Nachbarnschaften bevorzugt, die schon seit längerem Gegenstand

von Interessengegensätzen und -konflikten sind, und bei denen die Regierungen davon ausgehen, daß ihre Politik auf eine breite Zustimmung des Volkes stößt.

Drittens und schließlich aufgrund der Beobachtung, daß, je größer die politische Instabilität hinsichtlich der sozio-ökonomischen und gesellschaftlichen Konflikte ist, desto verwundbarer die Staaten für Eingriffe von außen und desto häufiger und intensiver die verbalen und nicht-verbalen Angriffe von Nachbarländern gegen das innenpolitisch geschwächte Regime sind, was die Gefahr gewaltsamer Zusammenstöße erhöht.<sup>59</sup>

##### 5. Kriege als Ergebnis kolonialer Vergangenheit

Insbesondere hinsichtlich der beschriebenen Neigung, Konflikte nach außen zu verlagern, erweist sich die sogenannte Kolonialismus-Hypothese als relativ nützlich.

Dieser Ansatz geht davon aus, daß gegenwärtigen Auseinandersetzungen Konflikte zugrundeliegen, deren historische Wurzeln bis tief in die vor-koloniale Zeit zurückreichen. In der Tat scheint für eine überraschend große Zahl der Kriegstypen B und C (siehe Tabelle 2) das "Faktum einer Eroberung irgendwann in der Vergangenheit" eine Rolle gespielt zu haben.<sup>60</sup> Als elementare Voraussetzung für das Entstehen zahlreicher Konflikte wird dabei, wenn auch sicherlich in mannigfachen Variationen, die politische "Nachwirkung des historischen Prinzips der Eroberung" angesehen.<sup>61</sup>

Sowohl eine retrospektive Betrachtung des Verlaufs des Kolonialismus als auch die Begründungen und Rechtfertigungen der Konflikte durch die involvierten Parteien - erstaunlicherweise auch dann, wenn sie eher "progressiv-sozialistischer" Provenienz sind - sowie die Beobachtung, daß Staaten mit vielen kolonialen Grenzen besonders häufig in Kriege verwickelt waren bzw. sind -, während der Zusammenhang zwischen nichtkolonialen Grenzen und Kriegsbeteiligung nicht signifikant zu sein scheint<sup>62</sup> - verweisen auf die koloniale Vergangenheit als auslösenden Faktor. Dieser Mechanismus läßt sich auf mindestens drei Aspekte zurückführen:

Erstens auf den Umstand, daß die Kolonialmächte bei der Aufteilung der Kolonialgebiete - etwa im Rahmen der Berliner Kongo-Konferenz 1884 - künstliche Grenzen gezogen haben, die sich vom ethnischen, politischen und ökonomi-

schen Standpunkt aus später als problematisch erweisen sollten. Verheerende Folgen sowohl für die späteren Staaten als auch für die Ethnien zeigte insbesondere die Aufteilung innerhalb der jeweiligen Einflußzonen der Kolonialmächte ohne Berücksichtigung der sprachlichen und religiösen Volkszugehörigkeit. So wurde beispielsweise Obervolta zwar 1919 durch Abtrennung seines Territoriums vom französischen Sudan gegründet, aber kurz danach bis 1947 an die Elfenbeinküste angeschlossen, um dann wieder bis 1960 autonomer Besitz Frankreichs zu werden. Nur vor dem Hintergrund dieser kolonialen Praxis und deren Übernahme durch die "nachkolonialen" Staaten wird ersichtlich, warum beispielsweise allein in Westafrika die Stämme Mande auf Gambia, Senegal, Guinea, Mali, Sierra Leone und Elfenbeinküste verteilt sind, oder die Stämme Ewe in Ghana, Togo und Benin, und die Wolof's in Gambia, Senegal und Mauretanien existieren. Angesichts des Umstands, daß allein im Großraum der Sahara mit dem Lineal gezogene Reißbrettgrenzen von über 14.000 Kilometern entstanden, die zehn Länder abgrenzen,<sup>63</sup> hat der obervoltaische Historiker Ki-Zerbo nicht zu unrecht bemerkt, "man empört sich vor der Schandmauer in Berlin, aber man vergißt alle Berliner Mauern, die Afrika zerstückeln".<sup>64</sup>

Zweitens durch die Neigung der Kolonialmächte, bei der Errichtung ihrer Kolonialherrschaft schon vorhandene Konflikte auszunutzen und sich in die Position von Vermittlern zu lavieren. Dies erlaubte ihnen in der Regel, durch eine auch ihren imperialen Interessen dienliche Friedensordnung - "pax colonialica"<sup>65</sup> - die Konflikte vorübergehend beizulegen - etwa England und Rußland in dem osmanisch-persischen Streit um die Grenzziehung in Schatt al-Arab im Jahre 1823.<sup>66</sup>

Noch gravierender ist drittens, daß die Kolonialmächte - wegen ihrer mangelnden Kenntnisse der historischen Hintergründe dieser Konflikte - keine in die Zukunft weisenden Kriterien hatten, um zu entscheiden, zu wessen Gunsten sie die zahlreichen Konflikte lösen sollten - vorausgesetzt, sie wären hierzu gewillt gewesen. So begnügten sie sich mit der für die spätere Entwicklung verheerenden Taktik, jene einheimischen Kräfte zu stützen, die aus Eigeninteresse bereit waren, den inneren Frieden in Zusammenarbeit mit den Kolonialherren aufrechtzuerhalten oder sich ohne größeren Widerstand den neuen Mächten zu unterstellen.

Angesichts dieses Mechanismus der "Konfliktkonservierung" während der Kolonialzeit verwundert es kaum, wenn viele

dieser Konflikte sogleich in der nachkolonialen Phase wieder ausbrechen, insbesondere dort, wo deren politische und soziale Konsequenzen noch nicht soweit bewältigt waren, daß die durch sie entstandenen Herrschaftsverhältnisse legitimiert worden wären.

## 6. Kriege als Folge des internen Kolonialismus

Eine solche Perzeption der Konfliktursachen scheint insbesondere auf den Kriegstyp B zuzutreffen. Er bezieht sich auf die Beobachtung, daß viele religiös, sprachlich oder rassistisch definierte Gruppen Sezessionskriege führen, weil sie sich gegenüber der einer anderen Ethnie angehörenden Herrschaftselite unterprivilegiert sehen und diese Situation als Fremdbestimmung bzw. internen Kolonialismus empfinden.<sup>67</sup> Diese Interpretation der Ursachen der Kriege dieses Typs bedarf aber sicher noch weiterer Differenzierungen. Die eigentlichen Probleme beginnen allerdings bereits bei der Definition des Begriffs, da Bezeichnungen wie "nationale Minderheit", "ethnische Minderheit", "Nationalität" und "ethnische Gruppe", wie O. Kimminich zu recht feststellt,<sup>68</sup> ebenso schwer definierbar sind wie die Begriffe "Volk" und "Nation", wenngleich sie im Sinne des Völkerrechts durch dieselben Definitionsmerkmale gekennzeichnet sind wie das Volk: gemeinsame Sprache, gemeinsame Kultur, gemeinsames historisches Schicksal - kurz, prinzipiell als dasselbe wie eine Nation, jedoch ohne Staat. Zudem kann erst eine Differenzierung nach gesellschaftlichen Merkmalen, etwa hinsichtlich der Zahl und Größe der Minderheiten in der jeweiligen Gesellschaft, des Grades der Diskriminierung, der Art der sozialen Interaktionen zwischen den Minderheiten und den dominanten Gruppen und schließlich der verschiedenen Ziele, um die die Minderheiten kämpfen und die die dominanten Gruppen verfolgen, schlüssige Auskünfte über die Brauchbarkeit dieser Interpretationen geben. Hierbei sind mindestens drei Variationen zum Auslösen von Konflikten möglich:

Erstens, wenn eine unterdrückte und ausgebeutete Minderheit das demokratische Recht auf politische Mitbestimmung in Anspruch nimmt und so in Konflikt mit der herrschenden Mehrheit gerät;

zweitens, wenn einer Bevölkerungsgruppe, die in dem von ihr bewohnten Landesteil die Mehrheit darstellt, politische Rechte (zum Beispiel Autonomie) verweigert oder nach einiger Zeit wieder genommen wurden;

drittens, wenn eine durch vorkoloniale traditionelle Herrschaftsstrukturen unterdrückte Mehrheit nach Erlangung der nationalen Unabhängigkeit gegen die herrschende autochthone Minderheit agiert.<sup>69</sup>

Insbesondere hinsichtlich der letzten Variation ist es unabdingbar, die Ziele der beteiligten Gruppen näher zu bestimmen, will man nicht so unterschiedliche Minderheiten wie die "pluralistische", die "integrierende", die "sezessionistische" und schließlich die "militante" mit ihren jeweils unterschiedlichen bis konträren Zielsetzungen in einen Topf werfen.

## 7. Kriege als Nachholprozeß

Eine Differenzierung der Zielsetzungen von Minderheiten würde auch nähere Auskünfte über die Brauchbarkeit jener Hypothese geben, die Territorialkonflikte letztlich auf einen "Nachholprozeß" auf dem Wege der Konsolidierung des von den Kolonialmächten hinterlassenen künstlichen Nationalstaates zurückführt.<sup>70</sup> Zweifellos lassen sich viele der zwischen- und innerstaatlichen Kriege in der Dritten Welt auch darauf zurückführen, daß der Kolonialismus - wie kurz skizziert wurde - in vielen Regionen der Welt nicht nur unterentwickelte und deformierte Wirtschaftsstrukturen hinterlassen hat, sondern auch ein in vielen Fällen kaum lebensfähiges, in "verstaatlichten" Einheiten aufgesplittertes Mikro-Staatensystem. Ob und welche anderen nicht-territorial-staatlichen Alternativen politischer Organisation nach-kolonialer Gesellschaften bestanden haben, mußte, wie E. Krippendorff zu recht bemerkt hat,<sup>71</sup> historisch rekonstruiert werden. Festzuhalten bleibt aber, daß der Begriff "Nation" bzw. "Nationalstaatlichkeit", den die Kolonialmächte oder kleine Führungseliten als Konstitutionsbedingung der zuerkannten Unabhängigkeit in die Diskussion der nach-kolonialen Zeit einführten, in seiner Auswirkung vielfach den territorialen, ethnischen, religiösen und geographischen Traditionen entgegensteht.

Eine nationale Struktur gehört in der Regel ja nicht zum politischen oder kulturellen Erbe der "alten Großreiche der tributären Produktionsweise". Denn außer Korea, China (mit Minderheiten im Süden und Osten), Vietnam (mit den Minderheiten der Bergvölker), Persien (mit nationalen Minderheiten), der Türkei (mit nationalen Minderheiten) und Somalia war kein Staat des Südens in der Alten Welt durch ein einziges Staatsvolk getragen.<sup>72</sup>

Dieser Umstand, ebenso wie die politisch-administrative Parzellierung dieser Gesellschaften in "Staatsnationen", scheint die Vermutung zu bestätigen, daß in vielen Staaten der Dritten Welt durch die Sezessions- und Grenzkriege möglicherweise jener Prozeß nationaler Konsolidierung nachvollzogen wird, den Europa in den letzten zwei- bis dreihundert Jahren durchlaufen hat.<sup>73</sup> Denn auch in Europa ist erst infolge der territorialen Konsolidierung der Nationalstaat zur Ausdrucksform nationaler Ansprüche geworden, was seinerseits zur inneren Konsolidierung der Staaten beitrug (bei Beibehaltung ethnisch-religiöser Unterschiede) -, wenngleich sich die prinzipiell wichtige Frage stellt, ob ein "Nachvollzug" der europäischen Entwicklung berechtigt bzw. erfolgversprechend ist. Die Erfahrungen mit den gescheiterten Versuchen zur Übertragung westlicher und östlicher Modernisierungskonzepte widersprechen jedenfalls der Ansicht, daß "die Nation als politische Herrschaftslegitimität nach innen und außen und der Nationalstaat als institutioneller Rahmen, als Organisationsform für die Entwicklungspolitik, (erscheinen) gegenwärtig als die einzige historisch gebotene Alternative, um die Probleme der kolonialen und halbkolonialen Länder im Sinne ihrer Emanzipation zu lösen".<sup>74</sup>

Dabei stellt sich die Frage, ob das um sich greifende Unbehagen in der Entwicklungsländerforschung angesichts des Scheiterns bisheriger Bemühungen sich auch darauf zurückführen läßt, daß die "Entwicklungsexperten" bislang - einseitig auf Ökonomie und den Staat als Konstitutionsbedingung der Entwicklung konzentriert - viel über die "strukturelle Heterogenität", die "Rolle des Staates" in und der "Staatseliten im peripheren Kapitalismus" reflektiert und Bibliotheken mit Veröffentlichungen über die Möglichkeiten bzw. Unmöglichkeit der "Übertragung westlicher Entwicklungsmodelle" auf die Staaten der Dritten Welt gefüllt haben, das tiefergehende Problem vieler Staaten - die "Verdauung" der Übertragung des europäischen Staatsgedankens in Gestalt des Prinzips "Nationalstaatlichkeit" - aber nicht hinreichend thematisiert haben. Die Behandlung solcher grundlegenden historischen "Fehlentwicklungen" bzw. "Hypothesen" gewinnt insofern an Bedeutung, als es sich herausstellen könnte, daß das Scheitern der entwicklungspolitischen Bemühungen der vergangenen Jahrzehnte vielleicht letztlich die logische bzw. unvermeidbare Konsequenz jener trügerischen Hoffnungen der nachkolonialen Ära war, durch die Schaffung von Nationen - Nation-Building - ließe sich analog zu europäischen und US-amerikanischen Erfahrungen eine heterogene Gesellschaft homogenisieren, um bessere Voraussetzungen

gen für Demokratie und Entwicklung auch in diesen Regionen zu schaffen.

Insgesamt bestätigen diese kurz skizzierten Sachverhalte wohl die Vermutung, daß - jenseits der aktuellen weltpolitischen Einflußfaktoren - die Ursachen der kriegerischen Konflikte in der Dritten Welt ebenso wie die Ermittlung der "kriegsträchtigen Situationen" erst durch eine gründlichere Re-Betrachtung der geschichtlichen Entwicklungen in dieser Region möglich sein wird. Nicht nur die Entwicklungsländerforschung, sondern auch die Kriegsursachenforschung scheint jedoch die Tatsache verdrängt zu haben, daß "so wenig wie die Vereinten Nationen vereint sind, so wenig sind die meisten ihrer Mitglieder Nationen".<sup>75</sup>

Was immer auch die Gründe für die bisherigen verengten Perspektiven waren - die Verinnerlichung des "Staates" als unhinterfragbare bzw. unhinterfragte Hauptform kollektiver Existenzsicherung oder unkritische Orientierung an Trends -, die Erforschung der Ursachen der Kriege legt zwingend nahe, nicht nur die Ideologiekraftigkeit sozialwissenschaftlicher Kategorien von "Staat" und "Staatlichkeit"<sup>76</sup> zu überwinden, sondern auch die westlichen und östlichen Deutungen des Krieges.<sup>77</sup> Kurzum: Eine ernstzunehmende wissenschaftliche Beschäftigung mit diesem Thema kommt ohne Grenz-Überschreitungen ebensowenig aus wie ohne den Versuch, Invarianzen zu suchen und zu überwinden,<sup>78</sup> will sie die richtigen Fragen stellen bzw. sie überhaupt sehen.



#### IV. PERSPEKTIVEN

Perspektiven aufzuzeigen ist letztlich nichts anderes, als die Projektion der vergangenen und gegenwärtigen Situationen und Trends auf die Zukunft, mit dem Risiko, durch die künftige Entwicklung widerlegt zu werden. Dies gilt zweifellos insbesondere für Voraussagen über die weitere Entwicklung von Konflikten in der Dritten Welt. Gleichwohl deutet eine pessimistische - realistische - Betrachtung der bisherigen Entwicklung darauf hin, daß kurz- bis mittelfristig eine Abnahme von gewaltsam ausgetragenen Konflikten in der Dritten Welt nicht zu erwarten ist. Wahrscheinlicher ist eine gegenteilige Entwicklung:

1. Weil die unterschiedliche Ressourcenausstattung und teilweise Ressourcenknappheit der einzelnen Länder ebenso wie eine stärkere Differenzierung innerhalb der Dritten Welt das Konfliktpotential der gesellschaftlichen Strukturen und der territorialen Grenzen eher fördern als eindämmen;
2. weil angesichts der sozio-kulturellen und sozio-ökonomischen Dimensionen vieler Konflikte zu erwarten ist, daß sich die Ursachen und die Anlässe militanter Konflikte vervielfachen werden, da die dramatische wirtschaftliche Situation in den meisten Staaten des Südens innere Unruhen und soziale Konflikte intensiviert und umstürzlerische Tendenzen sowie Versuche zur Externalisierung von Konflikten neue zwischenstaatliche Spannungen und Konflikte provoziert;
3. weil aufgrund der Komplexität der Ursachen und als Folge der begrenzten Möglichkeiten, von außen auf diese politischen und gesellschaftlichen Prozesse einzuwirken, nicht damit zu rechnen ist, daß in naher Zukunft weniger Kriege, welchen Typs auch immer, stattfinden werden; ganz im Gegenteil!
4. Schließlich, weil angesichts der poly-ethnischen Organisation der Staaten<sup>79</sup> die bisherige Entwicklung erst die Spitze des Eisberges zu sein scheint.

### Anmerkungen

- 1 Ausführlicher hierzu siehe: E.-O. Czempiel, Friedensstrategien. München 1986, S. 64 ff.
- 2 Siehe die Kriegsliste bis 1985 bei: U. Borschardt, G. Kaouras, A. Malanowski, U. Niebling, in: "Vereinte Nationen", Heft 2/1986, S. 69-76.
- 3 VN-Charta. Abgedruckt in: Peter J. Opitz, V. Rittberger (Hrsg.), Forum der Welt. 40 Jahre Vereinte Nationen. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg und Bayern sowie Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 249. Stuttgart/München/Bonn 1986, S. 318.
- 4 SIPRI-Yearbook 1987. World Armaments and Disarmament. Zitiert nach: SIPRI Press release vom 17. Juni 1987.
- 5 V. Matthies, Kriege in der Dritten Welt: Zur Entwicklung und zum Stand der Forschung, in: F. Nuscheler (Hrsg.), Dritte-Welt-Forschung. Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft Nr. 16, Opladen 1985, S. 362.
- 6 Siehe: M. Kahler, Wenn Großmächte sich treiben lassen. Das warnende Beispiel des Jahres 1914 - eine Analogie zur gegenwärtigen Orientkrise, in: Die Zeit vom 18.4.1980. Näheres zum "Sarajewo-Effekt" siehe bei: H. Afheldt, Atomkrieg. Das Verhängnis einer Politik mit militärischen Mitteln. München 1984, S. 36 ff.; ferner: D. Frei, Der ungewollte Atomkrieg. Eine Risiko-Analyse. München 1983, S. 19 ff. sowie: H. Howard, The Causes of War. Cambridge, Mass. 1983. Siehe auch: H. Apel, Dritte-Welt-Konflikte und europäische Sicherheit, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Vierteljahresberichte, Nr. 95, 1984, S. 7.
- 7 Siehe: K.J. Gantzel, J. Meyer-Stamer (Hrsg.), Die Kriege nach dem Zweiten Weltkrieg bis 1984. Daten und erste Analysen. München 1986.
- 8 Zu Instrumenten der VN-Friedenssicherung siehe: V. Rittberger, Zwischen Weltregierung und Staatsanarchie: Vereinte Nationen und internationale Friedenssicherung, in: Peter J. Opitz, V. Rittberger (Hrsg.), (Anmerk. 3), S. 87 ff.
- 9 Siehe Anmerkung 3, S. 318.

- 10 Zu einer Übersicht siehe: M. Mendler, W. Schwegler-Rohmeis, Krieursursachenforschung als empirische Sozialwissenschaft, in: Politische Vierteljahresschrift - Literatur, Heft 1/1986, S. 12 ff.
- 11 Istvan Kende, Kriege nach 1945. Eine empirische Untersuchung. Militärpolitik Dokumentation, Heft 27, Frankfurt/Main 1982.
- 12 Ebenda, S. 5 f.
- 13 Zu diesem und einem Dutzend weiterer Definitionen des Krieges seit der Antike siehe: F. Berber, Lehrbuch des Völkerrechts. Band II: Krieursrecht. München 1962, S. 2 ff.
- 14 Siehe ausführlicher hierzu: M. Fernandez Baeza, Militärregime, in: D. Nohlen (Hrsg.), Lexikon Dritte Welt. Reinbek 1984, S. 401 ff.
- 15 In der ursprünglichen Liste von Kende war der Kriegstyp D ein Bestandteil der "Anti-Regime-Kriege" (Kriegstyp A).
- 16 Siehe hierzu: G. Grohs, Theorien der Revolution in der Dritten Welt, in: Das Argument, Heft 59/1970, S. 556 ff.
- 17 K.J. Gantzel, Tolstoi statt Clausewitz! Überlegungen zum Verhältnis von Staat und Krieg seit 1816 mittels statistischer Beobachtungen, in: R. Steinweg (Red.), Krieursursachen. Friedensanalyse, 21. Frankfurt/Main 1987, S. 79.
- 18 Einen Überblick über die US-amerikanischen Aktionen vermittelt: J. Hippler, Kriege in Frieden. Köln 1986, sowie die Serie "Du sollst dich nicht erwischen lassen" über die geheimen Operationen der amerikanischen Präsidenten seit dem Zweiten Weltkrieg, in: "Der Spiegel", Nr. 51, 52/1986 und 2, 3/1987.
- 19 Beispielhaft hierfür das Tagebuch von General Robert E. Huyser: Putschen Sie, Herr General! Wie Washington den Iran retten wollte. Reinbek 1986.
- 20 H. Kissinger, Amerikanische Außenpolitik, Wien 1969, S. 82.

- 21 Für eine gründliche und umfassende Auswertung siehe: K.J. Gantzel et al., (Anmerk. 7), S. 61-143, auf der auch die folgenden Angaben weitestgehend basieren.
- 22 Zu diesen und weiteren Bewertungen des statistischen Materials siehe u.a.: D. Senghaas, Militärische Konflikte in der Dritten Welt, in: U. Menzel, D. Senghaas, Europas Entwicklung und die Dritte Welt. Eine Bestandsaufnahme. Frankfurt/Main 1986, S. 240-252.
- 23 Dieser Teil basiert auf den Vorarbeiten für ein DFG-gefördertes Forschungsprojekt über die "Determinanten des iranisch-irakischen Krieges", an dem diese Ursachen getestet werden sollen.
- 24 B. Tuchmann: Die Torheit der Regierenden. Von Troja bis Vietnam. Frankfurt/Main 1984.
- 25 Ausführlicher hierzu siehe: E.-O. Czempiel, (Anmerk.1)
- 26 Beispielsweise durch die "Nixon-Doktrin" zu Beginn der siebziger Jahre. Siehe: E.-O. Czempiel, C.-Ch. Schweitzer, Weltpolitik der USA nach 1945. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 210, Bonn 1984, S. 338 (D 54).
- 27 Beispielhaft für diese Denkweise sind einige Beiträge der 22. Jahrestagung der IISS im September 1980 in Stresa/Italien in: Ch. Bertram (Hrsg.), Dritte-Welt-Konflikte und internationale Sicherheit. Bonn 1981; ferner die sogenannte "Direktoren-Studie" von K. Kaiser, W. Lord, Th. de Montbrial, D. Watt, Die Sicherheit des Westens. Neue Dimensionen und Aufgaben. Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Bonn 1981. Obgleich die Beiträge des Bandes diesem Eindruck eher entgegenwirken, siehe auch: R. Hamann (Hrsg.), Die "Süddimension" des Ost-West-Konfliktes. Das Engagement der Supermächte in Krisen und Kriegen der Dritten Welt. Baden-Baden 1986.
- 28 D. Senghaas (Anmerk. 22), S. 247. Zugleich muß aber konzediert werden, daß die Situation nicht so anarchisch und durcheinander sei, wie sie scheint. Sowohl die USA als auch die UdSSR haben gelegentlich Zurückhaltung und Vorsicht gezeigt. Ein sehr wichtiges Element dieses informellen "Verhaltenskodex" für sie ist zum Beispiel die Bereitschaft, mit Mißerfolgen zu leben, so etwa die Sowjetunion in Ägypten 1973 und in Somalia 1977 wie auch die USA in Iran und Nicaragua

1979. J. Krause weist unter Hinweis auf Nicaragua und Afghanistan zu recht darauf hin, daß selbst bei regionalen Konflikten, die unmittelbar vor der "Haustür" einer der beiden Supermächte stattfinden, inzwischen sich eine Form der Kooperation herausgebildet hat, die im Wechselspiel von stillschweigender Zurückhaltung und Interessenabgrenzung besteht. Siehe: J. Krause, Supermachtkooperation bei Drittweltkonflikten, in: Vierteljahresschrift "Sicherheit und Frieden", Heft 2/1986, S. 82 ff.

- 29 Bei der Sowjetunion dokumentiert sich dieser Anspruch in dem "Bericht des Zentralkomitees der KPdSU" am XXV. Parteitag, wo es heißt: "Es gibt jetzt wohl keinen Winkel der Erde, dessen Verhältnisse bei der Gestaltung unserer Außenpolitik nicht so oder anders berücksichtigt werden müßte". Siehe: Beilage von "Sowjetunion heute", Heft 5/1976, S. 4. Die US-amerikanische Sicht ist am eindrucksvollsten von Verteidigungsminister Weinberger in einer Rede vor dem Nationalen Pressklub am 28. November 1984 beschrieben worden. Er sagte u.a.: "... Wir versuchen zwar nicht, alle Konflikte dieser Welt zu verhüten oder zu bereinigen, aber wir müssen uns der Tatsache bewußt sein, daß wir eine Großmacht sind und daß unsere Verpflichtungen und Interessen eine solche Spannbreite erreicht haben, daß wir es uns nur noch in wenigen Fällen leisten können, ein Unruhegebiet unbeachtet zu lassen". Amerika-Dienst. Dokumentation. United States Information Service. Embassy of the United States of America. Bonn, 5. Dezember 1984, S. 4.

- 30 Zur Problematik einer solchen Politik siehe die Ausführungen von B. Kiernan: Der Mythos von Frieden durch Stärke, in: "Der Spiegel", Nr. 2/1982, S. 92. Die Kontraproduktivität einer solchen Politik beschreibt Kiernan wie folgt: "... Die Demonstrationen unserer Macht in der Dritten Welt ... haben uns keineswegs Respekt eingebracht, im Gegenteil: Sie haben jene fanatische Feindschaft hervorgerufen, für die die persische Krise ein schlagendes Beispiel ist ... Von Tschiang Kai-Schek bis zu Batista, von Somoza bis Rhee, von Diem bis zum Schah von Persien, von Lo Nol bis zu Duvalier haben wir versucht, der Dritten Welt unsere wirtschaftliche und militärische Macht aufzuzwingen, indem wir 'proamerikanische' Regime schufen ... Als diese proamerikanischen Regime immer wieder genau jene revolutionäre Gewalt und jenen Antiamerikanismus provozierten, den sie eigentlich verhindern

sollen, dachten wir uns einfach ein passendes Märchen aus, um diese Situation zu erklären. Es war eben, so hieß es dann immer wieder, eine kommunistische Verschwörung, die den Sturz eines Despoten verursachte".

- 31 Siehe ausführlicher hierzu: J. Betz, V. Matthies, Der Ost-West-Konflikt als sicherheitspolitische Herausforderung für die Dritte Welt, in: L. Brock, B. Meyer (Hrsg.), Die Zukunft der Sicherheit in Europa. Jahrbuch der Friedens- und Konfliktforschung, Bd. XI, Baden-Baden 1984, S. 141-157.
- 32 Zitiert nach: Militärpolitik Dokumentation: USA-UdSSR. Supermächte zwischen Intervention und Selbstüberschätzung. Dokumentation der inneramerikanischen Diskussion: Centre for Defense Information. Heft "Extra 2", Frankfurt/Main, o.J., S. 80.
- 33 Siehe: W.L. Bühl, Das Ende der amerikanisch-sowjetischen Hegemonie? Internationale Politik im Fünften Kondratieffschen Übergang. München 1986, S. 36.
- 34 So etwa bei: M. Stark, B.A. Most, A Return Journey: Richardson, 'Frontiers' and Wars, in: Journal of Conflict Resolution, 22/1978, S. 441-467.
- 35 Siehe: K.J. Gantzel (Anmerk. 17), S. 76 f.
- 36 Siehe hierzu u.a.: Peter J. Opitz, Die Vereinten Nationen im Wandel: Struktur- und Funktionsveränderungen, in: Peter J. Opitz, V. Rittberger (Hrsg.), (Anmerk. 3), S. 45-76.
- 37 Während im 16. Jahrhundert (1475-1588) Portugal und Spanien die führenden Kolonialmächte waren - wenn auch hart bedrängt von Holländern und Engländern -, führten im 17. Jahrhundert (1588-1701) die Niederländer eindeutig im Welthandel, hatten jedoch den lästigen Rivalen England stets auf den Fersen. Das 18. Jahrhundert wurde dann vom fast ununterbrochenen Hegemonial-Krieg Englands und Frankreichs bestimmt (1701-1815). England blieb zwar Sieger und avancierte zur größten Handels- und Kolonialmacht des 19. Jahrhunderts, mußte jedoch die "Weltherrschaft" mit Rußland teilen (1815-1917) und spätestens seit dem Ersten Weltkrieg an die USA abtreten, die seit dieser Zeit mit der UdSSR als "Supermächte" an die Stelle der alten Kolonialmächte getreten sind.

- 38 D. Senghaas, Die Zukunft Europas. Probleme der Friedensgestaltung. Frankfurt/Main 1986, Kap. 1, S. 23-89.
- 39 W.L. Bühl (Anmerk. 33).
- 40 Zur Position und Rolle der Supermächte in diesem Krieg siehe: Mir A. Ferdowsi, Ursprünge und Verlauf des iranisch-irakischen Krieges. Forschungsinstitut für Friedenspolitik, Starnberg 1985.
- 41 Siehe u.a.: Robert S. McNamara, Blindlings ins Verderben. Der Bankrott der Atomstrategie. Reinbek 1987.
- 42 W.L. Bühl (Anmerk. 33), S. 14.
- 43 Ausführlicher hierzu siehe: J. Krause (Anmerk. 28). Es liegt möglicherweise am Funktionieren eines solchen Prinzips, daß die von Präsident Reagan in einer Rede vor der VN-Generalversammlung am 24. Oktober 1985 den Sowjets unterbreitete dreistufige Friedensinitiative zur Beilegung der Konflikte in Afghanistan, Kambodscha, Äthiopien, Angola und Nicaragua bislang kaum zu nennenwerten Erfolgen geführt hat. Zu den Vorschlägen im einzelnen siehe den Text der Rede in: Amerika-Dienst. Sonderdienst vom 24. Oktober 1985, S. 13/14. United States Information Service. Embassy of the United States of America. Bonn.
- 44 S. Feldmann, Die Sicherheitsgarantien der Supermächte in den achtziger Jahren, in: Ch. Bertram (Anmerk. 27), S. 97.
- 45 Einen vollständigen Überblick über die Überregionalen sicherheitspolitischen Abkommen und Verträge geben: O. Buchbinder, H. Bühl, H. Quaden, Sicherheit und Frieden. Herford 1985, S. 49-98.
- 46 Beispielhaft hierzu siehe die "Irritationen" infolge der "Irangate" der US-Administration, insbesondere im Nahen Osten, wie der kuwaitische Außenminister Sabah el-Ahmad in einem Spiegel-Interview zum Ausdruck brachte: "... ich weiß nicht, wie ernst und glaubwürdig ich die US-Politik noch finden soll. Auf Washington kann man sich nicht hundertprozentig verlassen", in: "Der Spiegel", Nr. 48 vom 24. November 1986, S. 132.
- 47 Siehe insbesondere: SIPRI-Rüstungsjahrbuch 4, Waffenexport und Krieg. Reinbek 1984, Teil 3, S. 197-261.

Zu einer Übersicht über die regionale Verteilung des Waffenhandels siehe auch: L. Köllner, Rüstung und Entwicklung. Forschungsberichte des BMZ, Bd. 81, München 1986, S. 195-214.

- 48 So waren an den Waffenlieferungen im iranisch-irakischen Krieg seit 1980 insgesamt 53 Staaten beteiligt, wobei laut SIPRI-Rüstungsjahrbuch 1987 (Anmerk. 4) 28 Staaten Rüstungserzeugnisse an beide Länder geliefert haben.
- 49 Dieser Trend wird deutlich, wenn man berücksichtigt, daß der Gesamtwert der in den Staaten der Dritten Welt produzierten Waffen für die Zeit von 1950 bis 1969 etwa dem eines einzigen Jahres der achtziger Jahre gleicht. Allein der Gesamtwert der vergangenen fünf Jahre (1980-1984) ist ungefähr 25-mal höher als der Wert der 15 Jahre zwischen 1950 und 1964. Siehe hierzu: SIPRI-Rüstungsjahrbuch 6, Waffenproduktion in der Dritten Welt. Reinbek 1986, Teil II, S. 144-172. Siehe auch: J.E. Katz (ed.), Arms Production in Developing Countries, Toronto 1984, sowie die "Österreichische Militärische Zeitschrift", Heft 6/1986, S. 568 ff.
- 50 D. Senghaas (Anmerk. 22), S. 247.
- 51 S. Hoffmann, Sicherheit in einer Periode der Spannungen: Reaktionsmodelle, in: Ch. Bertram (Anmerk. 27), S. 54.
- 52 D. Senghaas, Regionalkonflikte in der internationalen Politik. Versuch einer Trendanalyse. Unveröffentlichtes Manuskript, Ebenhausen 1987, S. 22.
- 53 Zu diesem Begriff siehe ausführlicher: R. Ruloff, Wie Kriege beginnen. München 1985.
- 54 Zur Entwicklung und Prämissen des Konzepts der "strukturellen Gewalt" siehe u.a.: Mir A. Ferdowsi, Der positive Frieden. München 1981.
- 55 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (Hrsg.), Vierter Jahresbericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung. Bonn 1980, S. 83.
- 56 So beispielsweise der ehemalige Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Jürgen Warnke: Die Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland - Leitlinien, Ziele, Schwerpunkte, in: G. Rüter



- (Hrsg.), Die notwendige Hilfe. Forschungsbericht 48 der Konrad-Adenauer-Stiftung, Melle 1986, S. 15.
- 57 J. Betz, Militärische versus entwicklungspolitische Stabilisierung der Dritten Welt, in: R. Hamann (Anmerk. 27), S. 220.
- 58 Näheres hierzu siehe: S. Verba, Entwicklungskrisen und ihre Abfolge, in: M. Jänicke (Hrsg.), Politische Herrschaftskrisen. Köln 1973, S. 269 f.
- 59 Siehe hierzu die Studie von B. Moser, Ethnischer Konflikt und Grenzkriege, Diessenhofen 1983.
- 60 I. Geiss, Historische Voraussetzungen zeitgenössischer Konflikte, in: Fischer-Weltgeschichte: Das Zwanzigste Jahrhundert III, Bd. 36, Frankfurt/Main 1981, S. 30.
- 61 Ebenda, S. 53.
- 62 Siehe: B. Moser (Anmerk. 59), S. 231-241.
- 63 Siehe den Beitrag von R. Meyer, Die Bürde des schwarzen Mannes. Grenzen in Westafrika, in: Der Überblick, - 100 Jahre Berliner Kongo-Konferenz -, Heft 1/84: S. 45.
- 64 Zitiert nach: ebenda, S. 45.
- 65 I. Geiss (Anmerk. 60), S. 54.
- 66 Zu den historischen Ursprüngen dieses Konflikts siehe die Studie von U. Gehrke, G. Kuhn, Die Grenzen des Irak. Historische und rechtliche Aspekte des irakischen Anspruchs auf Kuwait und des irakisch-persischen Streits um den Schatt al-Arab, Stuttgart 1963.
- 67 Zum Konzept des "internen Kolonialismus" siehe: M. Khan Khushi, V. Matthies, Kriegerische Konflikte in der Dritten Welt. Problemhorizonte und Forschungsansätze, in: dies. (Hrsg.), Regionalkonflikte in der Dritten Welt. Ursachen, Verlauf und Internationalisierung. Köln 1981, S. 47 ff.
- 68 Otto Kimminich, Neuere Entwicklungen des Minderheiten- und Nationalitätenrechts, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 43/1985, S. 14.
- 69 Ausführlicher siehe: I. Geiss (Anmerk. 60), S. 47 ff.

- 70 Ebenda, S. 23. Siehe auch: D. Senghaas, *Transcending Collective Violence, the Civilizing Process and the Peace Problem*, in: R. Väyrynen, D. Senghaas, Ch. Schmidt (eds.), *The Quest for Peace. Transcending Collective Violence and War among Societies, Culture and States*. Beverley Hills - London 1987.
- 71 E. Krippendorff, *Staat und Krieg. Die historische Logik politischer Unvernunft*. Frankfurt/Main 1985, S. 142. Zu einem ersten Versuch in dieser Richtung siehe die Beiträge des Bandes: R. Hanisch, R. Tetzlaff (Hrsg.), *Historische Konstitutionsbedingungen des Staates in Entwicklungsländern*. Frankfurt/Main 1980, sowie: H. Elsenhans, *Abhängiger Kapitalismus oder bürokratische Entwicklungsgesellschaft. Versuch über den Staat in der Dritten Welt*. Frankfurt/Main 1984.
- 72 H. Elsenhans, *Nord-Süd-Beziehungen. Geschichte - Politik - Wirtschaft*. Stuttgart 1984, S. 55.
- 73 Zur Entwicklung in Europa siehe u.a.: Th. Veiter, *Nationalitätenkonflikt und Volksgruppenrecht im 20. Jahrhundert*. Bd. 1: *Entwicklungen, Rechtsprobleme, Schlußfolgerungen*. Bayer. Landeszentrale für politische Bildung, München 1977, S. 12 ff. Ferner: A. Bleckmann, *Zur Entwicklung des modernen Souveränitätsdenkens*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Bd. 43/1985, S. 3 ff., sowie: B. Tibi, *Vom Gottesreich zum Nationalstaat. Islam und panarabischer Nationalismus*. Frankfurt/Main 1987. Den umfassendsten Überblick über europäische Geschichte von den Anfängen bis ins 20. Jahrhundert liefert wohl J. Bowle, *Geschichte Europas*. München 1985.
- 74 B. Tibi (Anmerk. 73), S. 48.
- 75 Th. Hanf, *Kulturelle Vielfalt als politische Herausforderung*, in: D. Oberndörfer, Th. Hans (Hrsg.), *Entwicklungspolitik*. Stuttgart 1986, S. 78.
- 76 Zum Zusammenhang von "Sozialstruktur und Wirtschaftsstruktur" siehe: J. Galtung, *Methodologie und Ideologie*. Frankfurt/Main 1978, S. 13 ff.
- 77 Siehe Näheres hierzu bei: J. Lider, *Der Krieg. Deutungen und Doktrinen in Ost und West*. Frankfurt/Main 1983.

78 Zu einer solchen "Methodologie" siehe: J. Galtung, Wissenschaft als Suche und Überwindung von Invarianzen, in: ders. (Anmerk. 76), S. 96 ff.

79 Eine solche Interpretation scheint insofern berechtigt zu sein, als nur 9 % aller Staaten der Erde ethnisch homogen sind. Weitere 19 % sind von einem Mehrheitsvolk mit über 90 % Volksanteil getragen. 19 % weisen eine ethnische Mehrheit von ca. 75 bis 89 % Volksanteil und ca. 31 Staaten (ca. 23 %) eine ethnische Mehrheit von 50 bis 74 % Volksanteil aus. Etwa 34 Staaten (ca. 30 %) bestehen aus ethnischen Gruppen, von denen keine einzige die Mehrheit im Staate ausmacht.

Siehe u.a.: W. Connor. The Politics of Ethnonationalism, in: Journal of International Affairs, Vol. 27, No. 1/1973, pp. 1-21. Ferner: A.H. Birch, Minority Nationalist Movement and Theories of Political Integration, in: World Politics, Vol. 30, No. 3/1978, pp. 325-344.

### Literaturverzeichnis

- Afheldt, H.: Das Verhängnis einer Politik mit militärischen Mitteln, München 1984
- Berber, F.: Lehrbuch des Völkerrechts. Bd. II.: Kriegerrecht. München 1962
- Bertram, Ch. (Hrsg.): Dritte-Welt-Konflikte und internationale Sicherheit. Bonn 1981
- Betz, J.: Militärische Konflikte versus entwicklungspolitische Stabilisierung, in: Hamann, R. (Hrsg.): Die "Süddimension" des Ost-West-Konfliktes. Das Engagement der Supermächte in Krisen und Kriegen in der Dritten Welt. Baden-Baden 1986
- Betz, J., Matthies, V.: Der Ost-West-Konflikt als sicherheitspolitische Herausforderung für die Dritte Welt, in: Brock, L., Meyer, B. (Hrsg.): Die Zukunft der Sicherheit in Europa. Jahrbuch der Friedens- und Konfliktforschung, Bd. XI. Baden-Baden 1984
- Borries, B.v.: Kolonialgeschichte und Weltwirtschaftssystem. Düsseldorf 1986
- Bowle, J.: Geschichte Europas. Von den Anfängen bis ins 20. Jahrhundert. München 1985
- Buchbinder, O., Bühl, H., Quaden, H.: Sicherheit und Frieden. Handbuch der weltweiten sicherheitspolitischen Verflechtungen. Herford 1985
- Bühl, Walter L.: Das Ende der amerikanisch-sowjetischen Hegemonie? Internationale Politik im Fünften Kondratieffschen Übergang. München 1986
- Czempiel, E.-O.: Friedensstrategien. München 1986
- Czempiel, E.-O., Schweitzer, C.-Ch.: Weltpolitik der USA nach 1945. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 210. Bonn 1984

- Elsenhans, H.: Abhängiger Kapitalismus oder bürokratische Entwicklungsgesellschaft. Versuch über den Staat in der Dritten Welt. Frankfurt/Main 1981
- Elsenhans, H.: Nord-Süd-Beziehungen. Geschichte-Politik-Wirtschaft. Stuttgart 1984
- Ermacora, F.: Nationalitätenkonflikt und Volksgruppenrecht. Bd. II.: UNO-Euoparat. Ansätze-Hindernisse für Konfliktverständnis und Konfliktlösung. Bayerische Landeszentrale für politische Bildung, München 1978
- Feldmann S.: Die Sicherheitsgarantien der Supermächte in den achtziger Jahren, in: Bertram, Ch. (Hrsg.): Dritte-Welt-Konflikte und internationale Sicherheit. Bonn 1981
- Ferdowsi, Mir A.: Der positive Frieden. München 1981
- Ferdowsi, Mir A.: Ursprünge und Verlauf des iranisch-irakischen Krieges. Forschungsinstitut für Friedenspolitik. Starnberg 1985
- Ferdowsi, Mir A.: Dritte-Welt-Probleme und Entwicklungspolitik, in: Zeitschrift für Politik, Heft 4/1986
- Frei, D.: Der ungewollte Atomkrieg. Eine Risiko-Analyse. München 1983
- Galtung, J.: Methodologie und Ideologie. Frankfurt/Main 1978
- Galtung, J.: Self-Reliance. Beiträge zu einer alternativen Entwicklungsstrategie. Hrsgg. von Ferdowsi, Mir A., München 1983
- Gantzel, K.J.: Tolstoi statt Clausewitz!? Überlegungen zum Verhältnis von Staat und Krieg seit 1816 mittels statistischer Beobachtungen, in: Steinweg, R. (Red.): Kriegsursachen. Friedensanalyse 21. Frankfurt/Main 1987
- Gantzel, K.J., Meyer-Stamer, J. (Hrsg.): Die Kriege nach dem Zweiten Weltkrieg bis 1984. Daten und erste Analysen. München 1986

- Geiss, I.: Historische Voraussetzungen zeitgenössischer Konflikte, in: Fischer-Weltgeschichte: Das Zwanzigste Jahrhundert III, Bd. 36. Frankfurt/Main 1981
- Hanf, Th.: Kulturelle Vielfalt als politische Herausforderung, in: Oberdörfer, D., Hanf, Th. (Hrsg.): Entwicklungspolitik. Stuttgart 1986
- Hanisch, R., Tetzlaff, R. (Hrsg.): Historische Konstitutionsbedingungen des Staates in Entwicklungsländern. Frankfurt/Main 1980
- Hippler, J.: Krieg im Frieden. Amerikanische Strategien für die Dritte Welt. Köln 1986
- Jänicke, M. (Hrsg.): Politische Systemkrisen. Köln 1973
- Jänicke, M.: Staatsversagen. Die Ohnmacht der Politik in der Industriegesellschaft. München 1987
- Kaiser, K., Lord, W., de Montbrial, Th., Watt, D.: Die Sicherheit des Westens. Neue Dimensionen und Aufgaben. Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik. Bonn 1981
- Kende, I.: Kriege nach 1945. Eine empirische Untersuchung. Militärpolitik Dokumentation, Heft 27, Frankfurt/Main 1982
- Khushi, M. Khan, Matthies, V. (Hrsg.): Regionalkonflikte in der Dritten Welt. Ursachen, Verlauf und Internationalisierung. Köln 1981
- Kimminich, O.: Neuere Entwicklungen des Minderheiten- und Nationalitätenrechts, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 43/1985
- Kimminich, O.: Rechtsprobleme der polyethnischen Staatsorganisation. Mainz 1985
- Krause, J.: Supermacht-Kooperation bei Drittweltkonflikten, in: Vierteljahresschrift "Frieden und Sicherheit", Heft 2/1986
- Krippendorff, E.: Staat und Krieg. Die historische Logik politischer Unvernunft. Frankfurt/Main 1985

- Lider, J.: Der Krieg. Deutungen und Doktrinen in Ost und West. Frankfurt/Main 1983
- Matthies, V.: Kriege in der Dritten Welt: Zur Entwicklung und zum Stand der Forschung, in: Nuscheler, F. (Hrsg.): Dritte-Welt-Forschung. Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft Nr. 16, Op-laden 1985
- Mendler, M., Schwegler-Rohmeis: Kriegsursachenforschung als empirische Sozialwissenschaft, in: Poli-tische Vierteljahresschrift-Literatur, Heft 1/1986
- Menzel, U., Senghaas, D.: Europas Entwicklung und die Dritte Welt. Eine Bestandsaufnahme. Frank-furt/Main 1986
- Moser, B.: Ethnischer Konflikt und Grenzkriege. Ursachen innen- und außenpolitischer Konflikte in Afrika. Diessenhofen 1983
- Nuscheler, F.: Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik. Bonn 1987
- Opitz, Peter J. (Hrsg.): Die Dritte Welt in der Krise. München 1985
- Opitz, Peter J., Rittberger, V. (Hrsg.): Forum der Welt. 40 Jahre Vereinte Nationen. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg und Bayern. Stuttgart/München 1986. Sowie: Bun-deszentrale für politische Bildung, Bd. 249. Bonn 1986
- Ruloff, R.: Wie Kriege beginnen. München 1985
- Senghaas, D.: Die Zukunft Europas. Probleme der Friedens-gestaltung. Frankfurt/Main 1986
- Senghaas, D.: Die Entwicklungsproblematik. Überlegungen zum Stand der Diskussion, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Bd. 8/1987
- SIPRI-Rüstungsjahrbuch 4: Waffenexport und Krieg. Reinbek 1984
- SIPRI-Rüstungsjahrbuch 6: Waffenproduktion in der Dritten Welt. Reinbek 1986

- Tibi, B.: Vom Gottesreich zum Nationalstaat. Islam und panarabischer Nationalismus. Frankfurt/Main 1987
- Tuchmann, B.: Die Torheit der Regierenden. Von Troja bis Vietnam. Frankfurt/Main 1986
- Veiter, Th.: Nationalitätenkonflikt und Volksgruppenrecht im 20. Jahrhundert. Bd. 1: Entwicklungen, Rechtsprobleme, Schlußfolgerungen. Bayerische Landeszentrale für politische Bildung. München 1977



## Anhang 1:

Beschlossen am 24. Oktober 1985, dem 40. Jahrestag der Vereinten Nationen.

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 37/16 vom 16. November 1982, in der sie das Jahr 1986 zum Internationalen Friedensjahr erklärte, in der Erkenntnis, daß das Internationale Friedensjahr wegen seiner Bedeutung und seiner Verknüpfung mit dem vierzigjährigen Bestehen der Vereinten Nationen dazu dienen muß, den Schwerpunkt der Bemühungen der Vereinten Nationen und ihrer Mitgliedsstaaten auf die Förderung und Verwirklichung des Friedensideals mit allen nur erdenklichen Mitteln zu legen, was ja auch das Hauptziel der Charta ist, in der Erwägung, daß die Bemühungen und Aktivitäten zur Herbeiführung positiver Ergebnisse in der internationalen Zusammenarbeit zur Förderung des Friedens während des Jahres selbst und für alle Zeiten danach intensiviert werden müssen,

1. billigt die Proklamation zum Internationalen Friedensjahr, deren Wortlaut im Anhang zu dieser Resolution enthalten ist;
2. bittet alle Staaten, alle Organisationen im System der Vereinten Nationen und die entsprechenden nichtstaatlichen Organisationen, die Organisationen in den Bereichen Bildung, Wissenschaft, Kultur und Forschung sowie die Nachrichtenmedien, den Generalsekretär bei der Verwirklichung der Ziele des Internationalen Friedensjahres zu unterstützen;
3. ersucht den Generalsekretär, für eine möglichst weite Verbreitung dieser Proklamation Sorge zu tragen.

## Anhang

### Proklamation zum Internationalen Friedensjahr

Da die Generalversammlung einstimmig beschlossen hat, am 24. Oktober 1985, dem Tag des vierzigjährigen Bestehens der Vereinten Nationen, feierlich das Internationale Friedensjahr zu verkünden,

da die Feier des vierzigjährigen Bestehens der Vereinten Nationen eine einzigartige Gelegenheit zur erneuten Verpflichtung auf die Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen bietet,  
da der Friede ein universelles Ideal darstellt und die Förderung des Friedens das Hauptziel der Vereinten Nationen ist,  
da die Förderung des Friedens und der internationalen Sicherheit seitens der Staaten und Völker kontinuierliche und positive Maßnahmen erfordert, die die Verhütung des Krieges, die Beseitigung verschiedener Bedrohungen des Friedens - einschließlich der nuklearen Bedrohung -, die Achtung des Grundsatzes der Nichtanwendung von Gewalt, die Beilegung von Konflikten und die friedliche Regelung von Streitigkeiten, vertrauensbildende Maßnahmen, Abrüstung, die Erhaltung des Weltraums für friedliche Nutzungszwecke, die Entwicklung, die Förderung und Ausübung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, die Entkolonisierung nach dem Grundsatz der Selbstbestimmung, die Beseitigung sämtlicher Formen der Rassendiskriminierung und der Apartheid, die Steigerung der Lebensqualität, die Deckung menschlicher Bedürfnisse und den Schutz der Umwelt zum Ziel haben,  
da die Völker in Frieden miteinander leben und Toleranz üben müssen und da Bildung, Information, Wissenschaft und Kultur anerkanntermaßen einen Beitrag hierzu leisten können,  
da von dem Internationalen Friedensjahr ein zeitgerechter Anstoß zu erneuter, auf die Förderung des Friedens gerichteter Reflexion und Aktion ausgeht,  
da das Internationale Friedensjahr den Regierungen, den zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen und anderen Gelegenheit bietet, dem allen Völkern gemeinsamen Streben nach Frieden auf konkrete Weise Ausdruck zu verleihen,  
da das Internationale Friedensjahr nicht nur Anlaß zur Feier ist, sondern auch Gelegenheit zu schöpferischer und systematischer Reflexion und Aktion zur Verwirklichung der Ziele der Vereinten Nationen bietet,  
erklärt die Generalversammlung das Jahr 1986 daher feierlich zum Internationalen Friedensjahr und fordert alle Völker auf, sich gemeinsam mit den Vereinten Nationen entschlossen für die Sicherung des Friedens und der Zukunft der Menschheit einzusetzen.

gez.: Javier Pérez de Cuéllar  
Generalsekretär

gez.: Jaime de Piniés

# Die Kriege nach dem Krieg

Kriege und Bürgerkriege seit 1945



noch andauernde



vergangene

